Kampfmittel ausgesprochen, im Gegenteil, die ganze deutsche Sozialdemokratie wird den Tag mit Jubel begrüßen, an dem wir mit Aussicht auf Erfolg in den größten und wuchtigsten Massenstreik eintreten können, den die Welt je gesehen hat. Gegen die Erschwerung dieses Zieles durch unzeitgemäßes und unangebrachtes Ankommandieren und Drohen, dagegen hat sich die Mehrheit des Parteitages ausgesprochen, nicht gegen den Massenstreik selbst.

In der Steuerfrage kann man nur seine Verwunderung aussprechen, daß überhaupt noch 140 Delegierte sich auf den unmöglichen Standpunkt stellen konnten, die Fraktion hätte die Besitzsteuern ablehnen müssen. Aber wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß von den 140, die die Resolution Wurm [illegible] noch unterstützten, in den nächsten Jahren wenigstens hundert [illegible] den Weg gehen, den Wurm und Hoberland gegangen sind und den auch Bebel für den besten zum Wohl der Partei hielt."

Das **Volksblatt in Halle**:

„Die bürgerliche Presse schwelgt in der Freude, daß in Jena in den beiden entscheidenden Punkten die „Revisionisten" so glänzend gesiegt hätten. Die Freude scheint uns verfrüht, obgleich nicht zu verkennen ist, daß sich der innere Charakter unserer Partei umbildet. Das hat hundert Ursachen, die alle in der Entwicklung begründet sind. Aber das ändert noch nichts an den [illegible] Grundtatsachen unseres Kampfes: der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Sozialisierung der Produktion. Beides ist mit dem Fortbestehen des Kapitalismus unvereinbar, an beiden aber muß die Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterklasse unveräußerlich festhalten. Tritt in Zeiten politischer Stagnation das Drängen der Arbeiter nach Reform zeitweilig in den Vordergrund, so darf das nicht über den Charakter der gesamten Entwicklung täuschen. Die Zeiten großer Massenkämpfe, wo es um wichtige Machtentscheidungen geht, werden bald genug kommen. Auf allen Gebieten! Dann wird die Freude gerade der kapitalistisch-liberalen Presse über die „Zähmung der sozialdemokratischen Forderungen" eine arge — Dämpfung erfahren.

Der Jenaer Parteitag war kein Parteitag der Offensive, aber auch keiner der Dämpfung. Der Wille zur geschlossenen Kampfesführung leuchtet überall durch. An den Massen liegt es, ihn allerorts lebendig werden zu lassen in unausgesetztem Wirken und Schaffen für die Partei der Arbeit, für die Sozialdemokratie."

Volkswille in Hannover:

„Der Parteitag hat am Sonnabend seine Pforten geschlossen. Ein „neues Dresden" hat er nicht gebracht, so sehnlichst es auch von einer winzigen Minderheit der Partei gehofft worden. Und das ist gut so. Es ist aber dennoch nichts „vertuscht" worden. Und das ist nicht minder gut. . . . Ich kann mir nichts Törichteres denken, als namentliche Abstimmungen im Kreise gleichgesinnter und gleichstrebender Menschen. Die einfache Zählung der Stimmen sollte ein für allemal genügen; wie der einzelne Genosse gestimmt, sollte wirklich gleichgültig sein. Vielleicht gelangt der Parteitag noch einmal dazu, die namentliche, viele Zeit raubende Abstimmung als der Partei unwürdig aus der Geschäftsordnung zu streichen. . . . Mit erdrückender Mehrheit sprach der Parteitag aus, daß die Reichstagsfraktion recht gehandelt; daß er in dieser Haltung der Reichstagsfraktion nicht einen „opportunistischen Seitensprung" sieht, sondern eine selbstverständliche Wahrnehmung berechtigter Arbeiterinteressen. Nur ein völliges Verkennen der Arbeiterinteressen, nur ein völliges Nichtvertrautsein mit dem Denken und Fühlen der organisierten Massen konnte eine andere Entscheidung erwarten. Bedauerlich ist nur und bleibt, daß die klar und bestimmt abgewiesene Auffassung überhaupt aufkommen und sogar in den Kreisen der Partei Widerhall finden konnte, daß in diesen Kreisen so ganz und gar kein Verständnis vorhanden ist für die Größe der Blamage, die der Partei zugefügt worden, wenn die Reichstagsfraktion die Besitzsteuern abgelehnt hätte."

Volksfreund in Braunschweig:

„Wir können nicht mit dem Vorwärts gehen, wenn er in seiner Schlußbetrachtung über den Jenaer Parteitag alles im rosigsten Lichte sieht. Warum muß unter allen Umständen der übliche Festartikel geschrieben werden?

In Jena haben die Girondisten über die Jakobiner einen nicht wegzuleugnenden entscheidenden Sieg errungen. Es stehen sich nicht mehr Revisionisten und Radikale, sondern Gemäßigte und Revolutionäre gegenüber. Letztere verfügen aber bereits über eine ganz ansehnliche Minderheit, so daß von einem Erlahmen der revolutionären Triebkraft in der Partei auch nicht die Rede sein kann.

Zuerst hat jedoch das Berliner Tageblatt recht, wenn es meint, daß der Jenaer Parteitag die sich seit Jahren anbahnende Umwandlung der Sozialdemokratie in der Richtung zum Parlamentarismus und Traditionalismus zum deutlichen Ausdruck gebracht hat. Wir geben das nicht gerne zu, aber wir kommen nicht darum herum. Die bittere Pille muß geschluckt werden.

Die Parteileitung hat durch den Genossen Scheidemann die Massenaktion zurückweisen lassen, die Gewerkschaften haben sich noch entschiedener gegen den Massenstreik ausgesprochen und die Zweidrittelmehrheit des Parteitages hat beiden recht gegeben.

Die Versicherung, daß man den Massenstreik schon hervorholen werde, wenn man ihn brauche, ist nichts als ein pietätvoll auf dem Sarge des Massenstreiks niedergelegter Totenkranz. Man kann den Massenstreik einfach nicht nach Belieben hervorholen, wenn man sich vorher viele Jahre lang an eine die Massenaktion verschmähende, ja lähmende Taktik gehalten hat. Wir können deshalb auch das mannhafte Schlußwort des Parteivorsitzenden Ebert: „Entweder werden wir in Preußen das freie Wahlrecht haben oder den Massenstreik", nur als Theaterdonner bewerten. Es wird unseren Gegnern nicht imponieren. Wilhelm II. und sein sportfreher Aellester können ruhig schlafen. Der Umsturz steht noch lange nicht vor der Türe. Die Sozialdemokratie arbeitet in der alten, ruhigen, für beide Teile ungefährlichen Weise weiter.

Es ist eine beinahe böswillige Unterstellung, wenn man uns zum Vorwurf macht, wir wollten diese Arbeit diskreditieren. Nein, sie ist unbedingt notwendig. Wir wollten sie nur durch Massenaktionen ergänzen, ohne die wir nach unserer Meinung nun einmal nicht vorwärts kommen. . . ."

Volksstimme in Frankfurt a. M.:

„. . . Und was die Verhandlungen auszeichnete: sie waren politisch von Anfang bis zu Ende, beherrscht von festem Willen der Machteroberung und doch klug und verständig in der Wahl der Kampfmittel. Selten hat ein sozialdemokratischer Parteitag so klar und fest zum Ausdruck gebracht, daß sich Revolution und Reform im Sozialismus einen. Indem er alle unzeitigen Massenputschereien abwies, bekräftigte er den Entschluß, den preußischen Junkern ihre Privilegium durch den wohlorganisierten Massenkampf zu entreißen. Indem er sich hinter Parteileitung und Reichstagsfraktion bei den Steuerkämpfen stellte, besiegelte er nicht bloß die Einheit unserer Bewegung, sondern stärkte auch die Stellung unserer Reichstagsvertretung gegen Militarismus und Marinismus. Und indem er die politische Aktion für die Arbeitslosen jubelnd begrüßte und als die Hauptaufgabe der kommenden Monate unterstrich, lehnte er die Nurgewerkschaftlerei ab und sagte er den Führern der Berufsorganisationen, daß sie im politischen Befreiungskampf die höhere Aufgabe zu erblicken haben."

Die Volksstimme in Mannheim:

„In der gegnerischen Presse wurde prophezeit, in Jena würden alle inneren Gegensätze vertuscht werden, damit nicht sofort nach dem Hingang Bebels der Welt ein Bild der „Zerklüftung" der Partei dargeboten werde. In unseren eigenen Reihen wurde umgekehrt, eine gründliche Abrechnung verlangt mit dem Opportunismus, der sich in der Reichstagsfraktion, im Parteivorstand, in der ganzen Tätigkeit der Partei breit mache. In unserem Stuttgarter Parteiblatt bezeugte man noch in der letzten Nummer vor dem Parteitag einem Zornesausbruch, weil in der Reichstagsfraktion die Opportunisten die „Herrschaft" an sich gerissen hätten. „Wir brauchen ein zweites Dresden", wurde in der Artikelüberschrift ausgerufen.

Von all diesen Prophezeiungen und Hoffnungen hat sich nichts erfüllt. . . Wer auf erregte Szenen, wie wir sie vor 10 Jahren in Dresden erlebt haben, gerechnet hatte, ist enttäuscht worden. Kaum einer der früheren Parteitage hat in so maßvollen Formen beraten, wie der diesjährige. Und dem Ergebnis hat das nicht zum Nachteil, sondern zum großen Vorteil gereicht. Nicht aus gereizten Stimmungen, wie in Dresden, sondern aus ruhiger Ueberlegung wurden die Beschlüsse geboren. So gehört der dritte Parteitag von Jena in seinem äußeren Verlauf wie in seinem materiellen Ertrag zu den besten in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie."

Volksfreund in Karlsruhe:

„Mit großer Befriedigung dürfen wir auf den Verlauf des diesjährigen Parteitages zurückblicken. Wenn auf einen unserer vielen Parteitage das geflügelte Wort vom „Markstein der Entwicklung" zutrifft, so auf den diesjährigen Jenaer Parteitag, der in direktem Gegensatz zu seinem Dresdener Vorgänger im Jahre 1903 steht. Mit Stolz und Genugtuung dürfen wir auf das kolossale Wachstum unserer Partei in den letzten zehn Jahren zurückblicken. Von noch größerer Bedeutung aber ist die innere Entwicklung, welche die deutsche Sozialdemokratie in diesem Dezennium durchgemacht hat. In Dresden siegte der Geist der politischen Intransigenz mit einer so überwältigenden Mehrheit, daß pessimistisch gestimmte Leute nicht ohne Grund der Meinung sein konnten, die deutsche Sozialdemokratie werde in absehbarer Zeit den für die politische Entwicklung ebenso hinderlichen als schädlichen Wortradikalismus nicht überwinden. Schneller als die größten Optimisten zu hoffen wagten, hat aber die damals so übermächtige intransigente Richtung, die den Politisierungsprozeß der sozialdemokratischen Partei aufhalten zu können glaubte, ihr Jena gefunden."

Schwäbische Tagwacht in Stuttgart:

„Vom Parteitag in Jena erwarteten viele einen Trompetenstoß, der die Massen zum Sammeln und zum Angriff rufen sollte. Der Trompetenstoß blieb auch nicht aus, aber gleichzeitig wurde kräftig die Trommel der Dämpfung gerührt. Darin drückt sich die ganze Unentschlossenheit und Unsicherheit aus, von der maßgebende Kreise der Partei zurzeit heimgesucht werden.

Dem eben zu Ende gegangenen Parteitag fehlte der große Schwung, die aufpeitschende Leidenschaft, die hinreißende Begeisterung. Schon der erste Berichterstatter des Parteivorstandes gab dem Parteitage sein niederdrückendes Gepräge, von dem sich die Tagung bis zum Schluße nicht frei machen konnte. Genosse Scheidemann wandte sich immer wieder mit scharfen Worten gegen die Parteigenossen, die die Massen zum Handeln aufrufen und die jede Verwässerung des Klassenkampfes zurückweisen. Er fand dagegen nicht ein Wort der Kritik gegen jene Parteigenossen, die offen dahin arbeiten, aus der proletarisch-revolutionären Sozialdemokratie eine sozialistisch-demokratische Reformpartei zu machen. Ein sehr beachtenswertes Zeichen der Zeit!

Die Parteivorstandsresolution zur Massenstreikfrage wurde mit Zweidrittel-Mehrheit in namentlicher Abstimmung angenommen. Es ist Klarheit geschaffen! Ein Drittel der Parteitagsdelegierten hat sich für den Willen zur Tat bekannt. Wie werden die Parteigenossen diesen Beschluß aufnehmen? Der Parteitag hat erneut gedämpft, anstatt zu entflammen. Da liegt es an den Massen, nicht unter gedämpftem Trommelklang abzutreten, sondern in der Front zu bleiben und die Führer vorwärts zu drängen. Es sind Lebensfragen, die die Massen in Bewegung gebracht haben: Die reaktionäre preußische Verfassung, die ganz Deutschland knechtet, die wirtschaftliche Krise mit verstärkter Arbeitslosigkeit, die Zuchthausgelüste und Pläne zur Vernichtung des Koalitionsrechts, die niederträchtige Klassenjustiz, der drohende „lückenlose Zolltarif"!

Und wo die Bewegung im Gange ist, da ist es die Aufgabe aller Organe der Arbeiterbewegung und in erster Linie die Pflicht der Arbeiterpresse, das Feuer zu schüren."

Fränkische Tagespost in Nürnberg:

„Nicht leicht hatten es die Delegierten des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1913. Die Schwierigkeiten der Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die finanzpolitischen Vorlagen der Reichsregierung fanden ihren Widerhall in den Debatten in Jena. Und fortgesetzt wurden die, wie wir schon öfter betonten, zu unrechter Zeit neu angesponnenen Erörterungen über den politischen Massenstreik. Diese Erörterungen gaben dem Parteitag sein Gepräge. Manches ließen sie zu wünschen übrig, und manche Enttäuschungen mußten sie bereiten. Hier zeigten sich so manche Gegensätzlichkeiten in der Auffassung, die sich aber im wesentlichen, wenn auch nicht immer, in höherer Sachlichkeit, ja, in größerer Ruhe und in kameradschaftlicherer Gesinnung gegenübertraten, als wir das von früheren Parteitagen her gewöhnt sind. So kann der Parteitag zu Jena von 1913 gerade in dieser unserer Gegner am meisten interessierenden Richtung als ein ganz bedeutsamer Fortschritt festgestellt werden. . .

Trotz der großen Fragen, die den Parteitag beschäftigten, trotz starker Gegensätze bei den entscheidenden Problemen, hatte auch dieser Parteitag einen stark geschäftsmäßigen Ton. Wäre es wohl auch wünschenswert gewesen, daß aus ihm noch mehr agitatorische Kraft erwachsen wäre, daß mehr Enthusiasmus in die Erscheinung getreten wäre, so war diese Tagung doch auch von hohem Nutzen und von bemerkenswerter Bedeutung. Ernst und Eifer, der Wunsch nach gemeinsamer Arbeit und nach geschlossener Kampfesstellung dem Gegner gegenüber, kennzeichnen auch diesen Parteitag, der in der Reihe unserer Kongresse eine ansehnliche Stellung behauptet.

Auch aus diesem Parteitag erwächst mannigfache Anregung zu neuer Arbeit, zu weiterem Vormarsche gegen alle Feinde des klassenbewußten Proletariats."

Deutsches Reich.

Was sagen die Frommen dazu?

In Neuyork wird gegenwärtig ein Prozeß gegen einen Massenmörder verhandelt, der beschuldigt ist, junge Mädchen, zu denen er in Beziehungen getreten war, getötet und zerstückelt zu haben. Eine Bestie in Menschengestalt würde die „gutgesinnte", fromme Presse dieses Kapitel überschreiben, wenn — nun wenn dieser Massenmörder kein geistlicher Herr wäre. Es ist der Pfarrer **Schmidt**, gebürtig im frommen Süddeutschland.

Bei der Vernehmung über die Ermordung seiner Geliebten sagte der noch bis vor kurzem seelsorgerisch tätige Herr:

Ob ich Anna Aumüller ermordet habe? Gewiß! Ich mußte es ja tun. Ich war dazu moralisch verpflichtet. Denken Sie, **wenn das Kind außerehelich zur Welt gekommen wäre, als Bastard, welche Schande für sie. Nun ist sie gerettet, ein Engel dort oben im Himmel. Es mußte ein Opfer gebracht werden, ein Blutopfer, wie es einst Abraham bringen wollte,** als er seinen Sohn Isaak dem Herrn zum Pfande geben wollte, ein Opfer, wie es **die ersten Christen gaben**, als sie sich **furchtlos für ihre Religion hinschlachten ließen** . . . Zwischen mir und meinem Schöpfer soll alles klar und rein sein.

Gegen einen anderen frommen Mörder wird gegenwärtig in Berlin verhandelt. Es ist der Diener **Ritter**, der einen Knaben, mit dem er homosexuellen Umgang hatte, in bestialischer Weise abschlachtete. Der Gerichtsbericht meldet, daß Ritter ein gottesfürchtiger Mann sei, „der oft die Kirche besucht und eine Wallfahrt mitgemacht habe". Als ihm nach der Tat die Angst ruhelos umhergejagt habe, sei er, „wie er das oft getan", in eine Kapelle gegangen und habe gebetet. Bei seiner Vernehmung beteuerte er: „Ich wollte dem Knaben bestimmt nicht das Leben nehmen, **so wahr Jesus Christus im Himmel wohnt**" . . .

Wozu wir diese Tatsachen registrieren? Sicherlich nicht, um sie der Religion auf das Konto zu schreiben. Die Religion hat, wie aus tausend Blättern der Geschichte zu lesen ist, gegen bestialische Ausschreitungen einzelner niemals Sicherheit bieten können, ist aber deswegen natürlich noch nicht für solche Ausschreitungen verantwortlich zu machen. Eine große „fromme" Presse hat jedoch jüngst die Taten des zweifellos wahnsinnigen Massenmörders Wagner in Degerloch als Folgen seines Atheismus und der zunehmenden Entchristlichung des öffentlichen Lebens darzustellen versucht. Gegen solche scheinheilige Infamie gibt es nur Hilfe, indem die Gegenrechnung aufgemacht wird. Und dies soll die erste Rate sein. Vielleicht haben die frommen Herrschaften damit genug und verzichten auf weitere Erörterungen. Es wäre für sie, wie Figura zeigt, das beste.

Das böse Reichstagswahlrecht.

Sehr vielen Leuten aus den Kreisen derer von „Besitz und Bildung" liegt das Reichstagswahlrecht gar schwer im Magen. Lieber heute als morgen möchten sie ihm den Garaus machen. Ist es doch auch zu arg, daß ein leibhaftiger Kommerzienrat oder sonst irgendeine angesehene und gebildete Staatsstütze nicht mehr Wahlrecht hat, als irgendein x-beliebiger Tagelöhner. Aber man wagt es im allgemeinen heute nur selten, offen gegen das Reichstagswahlrecht zu Felde zu ziehen. Man weiß, die Trauben hängen zu hoch. Die deutsche Arbeiterklasse würde sich heut einen Raub ihres wichtigsten Rechts nicht so leicht gefallen lassen. Und die deutsche Arbeiterbewegung ist heut schon zu stark und kräftig, als daß man nicht fürchten müßte: der Versuch einer Wahlrechtsentrechtung könnte für die Wahlrechtsraubslüsternen unangenehme Folgen haben. Aber von Zeit zu Zeit kommt doch irgendein Gesellschaftsretter, der seinem gequälten Herzen Luft macht und das deutsche Volk mit einer mehr oder minder langen Abhandlung über die Schlechtigkeit des Reichstagswahlrechts zu beglücken sucht. Jetzt hat sich ein Herr Dr. Erich Kühn, Syndikus der Görlitzer Handelskammer, gefunden, der einen Strauß gegen das Reichstagswahlrecht ausfechten will. Der Mann hat, wie wir aus dem Neuen Görlitzer Anzeiger ersehen, eine Broschüre mit dem Titel: Was halten Sie von dem Reichstagswahlrecht? geschrieben. Nach den vom genannten Görlitzer Blatt gebrachten Auszügen geht Herr Kühn gemäß der Parole des Herrn v. Heydebrand „aufs Ganze". Er spricht von „unwürdigen, unmoralischen, undeutschen Zuständen", von dem „gerissenen und verschlagenen Routinier und Phrasenhelden", und er sieht mit Kummer, wie „das Vaterland dem Abgrund zurollt". Die Wurzel des Uebels ist nach Herrn Kühn das Reichstagswahlrecht. Mit schöner Entschiedenheit schreibt er:

„Wir haben gezeigt, daß der Ursprung aller dieser Zustände lediglich in einem Wahlrecht zu suchen ist, bei dem ein jeder wählen und ein jeder gewählt werden darf. Wer es also ernst mit der vaterländischen Sache meint, muß die Hand dazu bieten, daß diesem ganzen System ein Ende gemacht wird, und man kann es dem Deutschen nicht laut und eindringlich genug zurufen, daß es seine dringende sittliche Pflicht ist, sich von diesem System **so rasch und radikal wie möglich loszusagen**, bei dem auf die Dauer nur der Gewissen- und Charakterlose auf seine Kosten kommt."

Man sollte meinen, wenn ein Mann eine so reichliche Portion Entrüstung über das bestehende Reichstagswahlrecht zur Verfügung hat, so wird er auch einen feinen, funkelnagelneuen Wahlrechtsplan aus der Tasche ziehen, durch dessen Verwirklichung das arme deutsche Volk von seinem Wahlrechtsübel erlöst werden kann. Aber da ist man auf dem Holzwege. Der Herr Kühn ist jedenfalls zu bescheiden, um seine eigenen, sicher glänzenden Wahlrechtsvorschläge der Oeffentlichkeit vorzulegen. Er fordert zunächst die Regierung auf, „Pläne für ein neues System" aufzustellen. Sollte aber die Regierung der Weisung des Herrn Dr. Erich Kühn nicht Folge leisten, so will der Herr Doktor selbst in die Bresche springen.

Er schreibt:

„Wenn die zunächst Berufenen **nicht in der Lage** sein sollten, Vorschläge zu machen, werden wir unter Umständen **selbst** in einiger Zeit **mit Plänen an die Oeffentlichkeit treten**."

Da die Herren von der Regierung jedenfalls keine Lust haben werden, ihre Zeit mit dem zwecklosen Entwerfen von Wahlrechtsplänen zu vergeuden, kann also das deutsche Volk darauf rechnen, daß es in Bälde die weisen Wahlrechtspläne des Herrn Doktor Erich Kühn kennen lernt. Freue dich, deutsches Volk, dir wird großes Heil widerfahren.

Deutsche Erfolge.

Triumphierend teilt die Panzerplattenpresse mit, daß die deutsche Waffenfabrikation wieder einen Sieg über die Konkurrenz davongetragen habe. An dem Wettbewerb über die Bestückung der neuen **niederländischen Küstenbefestigungen** beteiligten sich eine ganze Reihe ausländischer Firmen, und von deutscher Seite Krupp-Gruson, die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik sowie Krupp-Essen. Jetzt ist die gesamte Lieferung der Firma Krupp-Essen übertragen worden.

Die Verstärkung der holländischen Küstenbefestigung ist von den holländischen Rüstungsfreunden gerade auch unter Hinweis auf die Möglichkeit eines deutschen Angriffs gefordert worden und es zeigt sich aufs neue, wie lebhaft unser Rüstungskapital daran interessiert ist, daß fremde Staaten Furcht vor Deutschland haben und sich zur Abwehr deutscher Angriffsgelüste vorbereiten. Wenn es aber wirklich einmal zu einem Kriege zwischen Deutschland und Holland kommen sollte und die deutschen Schiffe würden von der holländischen Küstenartillerie beschossen, dann könnten unsere Matrosen in dem schönen Bewußtsein sterben, daß es Kruppsche Kanonen sind, die das tödliche Blei senden.

Preußische Polizeiaktion gegen sozialdemokratische Ausländer.

Die Mecklenburgische Landeszeitung wollte aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß der preußische Staatsminister des Innern generell verboten habe, daß sozialdemokratische Ausländer künftighin in Preußen in Versammlungen sprechen. Die Deutsche Tageszeitung hat sich erkundigt, ob diese Meldung stimmt, und sie teilt mit, daß ein formelles Verbot zwar nicht ergangen sei, wohl aber sei man schon seit geraumer Zeit entschlossen, das rednerische Auftreten von Ausländern in sozialdemokratischen Versammlungen zu verhindern und die fremdländischen Redner gegebenenfalles auszuweisen.

Was die Polizei mit dieser Taktik erreicht, konnte sie erst kürzlich im Falle des Redeverbots gegen die beiden belgischen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130923/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG